

Beschluss

Dringlichkeitsantrag: Grün geht's voran!

Die Europawahl und die Kommunalwahlen haben uns Grüne gestärkt. Sie zeigen, es geht voran. Die guten Ergebnisse sind ein Ansporn und ein klarer Auftrag für uns, mutig in die Auseinandersetzungen um die besseren politischen Inhalte zu gehen und den Prozess der innerparteilichen Erneuerung fortzusetzen.

Wir sind noch nicht da, wo wir hin wollen. Wir haben Stimmen verloren. Dennoch sind wir zufrieden mit unserem Ergebnis, weil die Rahmenbedingungen keine einfachen waren. Die Krise in der Ukraine hat alle anderen Themen überlagert. Die allgemeine Zufriedenheit mit der Lage im Land war groß und in den Medien wurde die Wahl oft auf das Duell Schulz-Juncker reduziert. Der Wegfall der Fünf Prozent Hürde hat es attraktiver gemacht, Kleinstparteien die Stimme zu geben.

Wir haben in diesem Europawahlkampf sehr stark auf unsere Kernthemen Klima und Energie, Menschen- und Bürgerrechte sowie ökologische Landwirtschaft gesetzt. Insbesondere ist es uns mit der Forderung nach dem Stopp und Neubeginn der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen TTIP gelungen, ein europäisches Schlüsselprojekt in die öffentliche Diskussion einzubringen und dazu beizutragen, dass es in diesem Wahlkampf endlich auch wieder um die zukünftige Ausrichtung Europas ging. TTIP ist für uns auch deshalb sehr wichtig, weil es unsere Kernthemen VerbraucherInnenschutz, Ökologie und ArbeitnehmerInnenschutz mit zentralen demokratie- und machtpolitischen Fragestellungen verbunden hat. Doch die Auseinandersetzung um einen fairen Freihandel ist noch nicht beendet. Wir werden in den Ländern, im Bund und vor allem in Europa alles dafür tun, dass dieses Freihandelsabkommen so nicht Realität wird. Wir Grüne waren die einzige Partei, die für eine Idee von Europa und für konkrete Verbesserungsvorschläge in Europa geworben hat und nicht gegen Europa oder allein für Personen.

Wir haben diesen Wahlkampf erfolgreich mit der Europäischen Grünen Partei und unseren Schwesterparteien gemeinsam geführt. Die Entscheidung, mit europäischen SpitzenkandidatInnen anzutreten war richtig. Das Verfahren zur Findung müssen wir gemeinsam mit der EGP auswerten. Mit unseren europäischen und deutschen SpitzenkandidatInnen haben wir unseren Forderungen nach dem Ende der einseitigen Austeritätspolitik, einem Green New Deal und einem sozialen Europa ein Gesicht gegeben. Unser grünes Wahlergebnis sowohl in Deutschland als auch in Europa bestätigt uns darin, dass dieser Kurs richtig war. Im Europäischen Parlament sind wir

viertstärkste Fraktion geworden. Auch der Einzug von Abgeordneten aus Ungarn oder Kroatien ist ein sehr wichtiger Schritt zur Etablierung und Stärkung grüner Politik in ganz Europa.

Angela Merkels Wahlkampfstrategie der vergangenen Jahre, den Wahlkampf zu entpolitisieren, ist an ein Ende gekommen. Merkel und Seehofer haben diesmal am rechten Rand gefischt mit ihrer Polemik gegen Freizügigkeit und die Sozialunion. Damit verantworten sie nicht nur das schlechte Wahlergebnis der Union, sondern auch das starke Abschneiden der Rechtspopulisten. Der Rückfall ins Nationale wurde in der Endphase durch die SPD-Kampagne unterstützt. Das Ergebnis der AfD, aber noch stärker die besorgniserregenden Erfolge von UKIP, dem Front National oder der Goldenen Morgenröte aus Griechenland zeigen: Es nützt nichts wenn Parteien aller politischen Richtungen den platten Forderungen der RechtspopulistInnen hinterher laufen. Rechtspopulismus kann man nicht bekämpfen indem man ihre Forderungen salonfähig macht. Wir Grüne werden die AfD und andere rechtspopulistischen Kräfte in Zukunft noch stärker in die inhaltliche Auseinandersetzung zwingen. Die Auseinandersetzung um ein menschenrechtsbasiertes und solidarisches Europa für alle Menschen ist eine zentrale Aufgabe für uns.

Ein Europa in der Krise verzeiht keine Politik des Wegduckens, der technokratischen Alternativlosigkeit oder argumentativer Blässe, sondern braucht eine klare proeuropäische Haltung. Um in den kommenden fünf Jahren als proeuropäische Partei zu wachsen, verfolgen wir unsere Kernprojekte für die Zukunft Europas konsequent weiter: Die kritische Auseinandersetzung mit einem undemokratischen TTIP-Abkommen und die dadurch drohende Absenkung ökologischer und sozialer Standards; den 'Green New Deal', eine europäische Energieunion, die auf Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz setzt statt auf Kohle, Fracking und Atom; ein solidarisches Europa, eine humane Flüchtlingspolitik und ein wehrhaftes Europa bei Bürgerrechten und Datenschutz. Wir Grüne werden den Nationalisten und Rechtspopulisten gemeinsam mit allen überzeugten Demokratinnen und Demokraten entschieden entgegen treten. Wir lassen Europa nicht nach rechts abrutschen!

Das heißt auch, die Staats- und Regierungschefs müssen ihr Versprechen halten, dass der/die KandidatIn, der/die im neuen Europäischen Parlament die meisten Stimmen hinter sich vereinigen kann, neueR KommissionspräsidentIn werden solle. Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, ihren Zickzack-Kurs zu beenden und den Geist des Vertrags von Lissabon, den Angela Merkel selber unterzeichnet hat, endlich anzuerkennen. Auch wenn wir inhaltliche Dissense mit den Kandidaten der beiden größten Fraktionen im neuen Europäischen Parlament haben, stehen wir zu unserem Wort, dass der/die neue EU-KommissionspräsidentIn aus den Reihen der europäischen SpitzenkandidatInnen kommen und im Lichte des Ergebnisses der Wahlen vom Rat vorgeschlagen werden soll. Gemeinsam mit unserer Fraktion DIE GRÜNEN/EFA im Europäischen Parlament werden wir in den Verhandlungen mit dem Europäischen Rat allen in Hinterzimmern

ausgedachten Alternativen zu den in der Europawahl angetretenen KandidatInnen eine klare Absage erteilen.

Die grünen Wahlergebnisse vom vergangenen Sonntag geben uns Rückenwind für die bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Um auch dort erfolgreich zu sein, wollen wir im Bund in den kommenden Monaten den Erneuerungsprozess seit der Bundestagswahl fortsetzen und uns weiter klar gegen die Zukunftsvergessenheit der GroKo profilieren. Wir Grüne bleiben kritisch und konstruktiv. Wir betreiben keine Fundamentalopposition, setzen aber klar auf Unterscheidbarkeit. Laut und unmissverständlich werden wir deutlich machen, dass die beiden großen Dinosaurier-Parteien die gute Zukunft des Landes nicht nur vernachlässigen, sondern gefährden.

Die großen Zukunftsfragen der deutschen Gesellschaft bleiben liegen. Energiewende und ökologische Modernisierung werden ausgebremst, die CO₂-Emissionen steigen. Die Agrarwende droht zurückgedreht zu werden. Die gemeinsame Rentenpolitik ist das Schmieröl dieser Koalition auf Kosten der nächsten Generation, ohne das Problem der Altersarmut zu lösen. Sträflich vernachlässigt werden stattdessen notwendige Investitionen in Kitas, Bildung und Forschung. Statt Konsequenzen aus der massenhaften Überwachung durch deutsche und ausländische Geheimdienste zu ziehen, diskutiert die schwarz-rote Bundesregierung über die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, blockiert weiterhin einen stärkeren Datenschutz in Europa und verhindert einen sicheren Aufenthalt für Edward Snowden. OECD und IWF mahnen Deutschland zu mehr Investitionen und mehr Gerechtigkeit, es gibt eine internationale Debatte darüber, dass unsere Demokratie und Solidargemeinschaft durch die auseinanderklaffende Vermögensschere in Frage gestellt werden. In der GroKo stoßen sie auf taube Ohren. Wir Grüne hören hin. Wir machen Politik mit Weitblick und Vorsorge.

Mit unserer Kohle-Kampagne werden wir deutlich machen: Wenn Deutschland Kohleland bleibt, kann es nicht Energiewendeland werden. Deshalb kämpfen wir mit Umweltverbänden und Bürgerinitiativen gegen neue Tagebaue und alte, schmutzige Klimakiller. Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien und den Chancen, die sie für gute Arbeit und regionale Wertschöpfung bringen.

Wir wollen die Zukunftsvergessenheit der großen Koalition wirksam entlarven. Wir können mehr Menschen in Deutschland für eine Politik des ökologisch-sozialen Wandels unserer Wirtschaftsweise, der Gerechtigkeit, der Innovation, der Humanität und Offenheit begeistern. Es macht einen Unterschied, ob die GroKo vor sich hindümpelt oder Grün die Modernisierung vorantreibt. In den grün regierten Ländern zeigen wir wie es geht - mit einer modernen Bildungspolitik, konsequentem Klimaschutz und einer Politik der gesellschaftlichen Offenheit. Besonders erfreulich ist, dass wir bei den Kommunalwahlen zulegen konnten. Unsere kommunale Verankerung wird damit weiter gestärkt.

Wir Grüne werden wichtige Zukunftsfragen dieser Gesellschaft weiter diskutieren und unsere inhaltlichen Angebote weiter entwickeln. In programmatischen Debatten, die wir auf diesem Länderrat beginnen, werden wir in vier Schwerpunkten an unserer Programmatik weiterarbeiten.

- Wir diskutieren über die Voraussetzung von Freiheit und Selbstbestimmung und warum die Freiheit des Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes an die Spitze der Tagesordnung gehört, wie wir Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft besser schützen können, was die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Selbstbestimmung heute sind, wie eine aktive Bürgergesellschaft und ein handlungsfähiger Staat Freiheit ermöglichen und wo es Reibungspunkte zwischen ökologischer Modernisierung und grenzenloser Freiheit gibt. Wir wollen mit der Gesellschaft in Deutschland verstärkt diskutieren, warum unser Ziel der Wandel zu einer ökologischen Wirtschaftsweise und damit der Erhalt von Freiheit für zukünftige Generationen ist, nicht die spießige Maßregelung der Menschen in ihrem Alltag.
- Der ökologische Wandel einschließlich der Wachstumsfrage ist der zweite große Schwerpunkt unserer programmatischen Debatten. Umwelt- und Naturschutz sind mit keiner anderen Partei so stark verbunden wie mit uns Grünen. Sie gehen weiter als die Energiewende oder der globale Klimaschutz. Wir entwickeln die Konzepte, um die ökologischen Probleme einer industrialisierten, urbanen Gesellschaft im 21. Jahrhundert zu beantworten wie Luftqualität oder Wasserqualität. Richtig angegangen können wir hier mehr Lebensqualität für alle Menschen erreichen und Deutschland als internationalen Standort in der Entwicklung nachhaltiger Technologien ausbauen. Der Umbau der Wirtschaft erfordert weitgehende Veränderungen und einen klaren ordnungspolitischen Rahmen, die Gesellschaft und Unternehmen neue Chancen ermöglichen und neue Märkte eröffnen. Wir setzen darauf, dass kluge und innovative Unternehmen diese Chancen ergreifen und damit den Umbau vorantreiben. Wir entwickeln die Produkte nicht selbst, wir setzen nur den Rahmen. Deshalb wollen wir mit innovativen und leistungsfähigen Unternehmen gemeinsam diesen Umbau stemmen. Wir werden unser Verhältnis zu Unternehmen, dem Mittelstand, den Gewerkschaften und den Verbänden der Wirtschaft weiter vertiefen. Und wir wollen im Anschluss an die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Bundestages die Frage weiter diskutieren, ob und wie wirtschaftliches Wachstum von Umweltverbrauch und Emissionen entkoppelt werden kann oder ob die Antwort in einer Postwachstums-Ökonomie liegt.
- Die Agrarwende und gesunde Lebensmittel sind der dritte Schwerpunkt. Viele zentrale Zukunftsfragen hängen maßgeblich daran, wie nachhaltig wir Landwirtschaft gestalten und unsere Lebensmittel erzeugen: Der Klimaschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt, die Überwindung des Hungers, Tierschutz, gesunde Böden und sauberes Wasser. Immer mehr Menschen haben

eine Agrarwirtschaft satt, die auf industrialisierter Produktion, Massentierhaltung, dem globalen Vormarsch der Gentechnik und dem massiven Einsatz von Pestiziden und Antibiotika beruht. Wir wollen neue Entwicklungen aufgreifen und neue Bündnisse schmieden. Deshalb diskutieren wir über Wege, die Strukturen der Agrarwirtschaft und Lebensmittelindustrie grundlegend zu ändern. Das Ziel: gesunde Lebensmittel aus nachhaltiger, überwiegend regionaler Produktion, von denen VerbraucherInnen, ErzeugerInnen und Umwelt gleichermaßen profitieren.

- Und schließlich wollen wir über Zeitpolitik sprechen, über Arbeitszeit, Familienzeit, Bildungszeit und Freizeit. Immer mehr Menschen erkennen die Bedeutung der Zeitsouveränität für ihr Leben. Immer weniger Menschen wollen stur Vollzeit arbeiten, so dass kaum Zeit für Kinder, PartnerInnen, ehrenamtliches Engagement, Bildung und sich selbst bleibt. Zunehmende Unzufriedenheit mit starren Arbeitsverhältnissen und steigende Burnout-Raten sind Ausdruck davon. Insbesondere Frauen sind häufig von einer Doppel- und Dreifach-Belastung betroffen. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft brauchen flexible und geschlechtergerechte Modelle der Einteilung des Lebens zwischen Arbeit, Familie, Bildung und Erholung. Ein solcher Umbau der Arbeitswelt braucht auch soziale Absicherung und einen Ausgleich – dafür wollen wir Modelle entwickeln.

Diese und andere Themen wollen wir breit und offen sowohl in unserer Partei als auch mit der Gesellschaft diskutieren. Auch die Diskussion um die notwendigen Zukunftsinvestitionen und ihre gerechte Finanzierung werden wir weiterführen. Den durch den französischen Ökonomen Thomas Piketty neu entfachten Diskurs über Ungleichheit und Wohlstand werden wir aufgreifen. Unsere finanzpolitischen Konzepte wollen wir in einem geordneten Prozess weiter entwickeln. Unser Finanzkonzept für 2017 werden wir vor der Bundestagswahl auf Grundlage der dann absehbaren Rahmenbedingungen formulieren.